

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, bei ins Haus geliefert durch die Post bezogen im Inland monatlich 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Wochensatz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Wildbad. — Postkonto: Enzthalbote & Co., Wildbad. — Postfachnummer 291 74. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerh. 20 Pf. — Bekanntheit 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr abends. — In Randspalten oder wenn gerichtet die Bezeichnung notwendig, falls jede Nachlassgründung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 80. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 66.

Ursachen und Wirkung

Eine politische Betrachtung

Wer in der Beurteilung öffentlicher Angelegenheiten nicht objektiv zu sein vermag, weil eigene Interessen von ihm damit verbunden sind, sollte sich aus Gewissenspflicht von ihrer Mitgestaltung fernhalten. Leider aber erleben wir, daß das bei uns nicht geschieht. Viele Mitgestalter unserer staatlichen, kommunalen und überhaupt öffentlichen Angelegenheiten sind in ihrer Person nicht frei vom Interesse an dem Wie und Was der zu treffenden Entscheidungen. Solcher Zustand, von dem die Erkenntnis von Tag zu Tag in weitere Kreise eindringt, beginnt eine Unlust zur Mitarbeit am Ordnen unseres gesellschaftlichen Nebeneinanderlebens zu erzeugen und ein Mißtrauen gegen die Regelung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu verbreiten, die zur Abwendung wertvollster Kräfte unseres Volkes, nicht zuletzt auch bei der großen Masse der handarbeitenden Bevölkerung, von der Teilnahme an allem Politischen zu führen drohen. Wer sich umhört, stößt immer wieder auf die resignierende Aeußerung: „An die Stelle von Politikern und Staatsmännern sind bei uns Funktionäre getreten.“ Aus Erbitterung übertrieben, bezeugt doch diese Aeußerung eine schon tief wurzelnde Unzufriedenheit, aber auch einen Mangel an Achtung vor unseren öffentlichen Gewalten.

Wie konnte es dahin kommen, zumal in einem Gemeinwesen wie das Reich, das der Bevölkerung die weitestgehende Gelegenheit zur Mitbestimmung geben wollte? Nicht etwa nur die Krise, die sich in die jetzige Staatsform nicht hineinfinden können oder wollen, ziehen sich in resignierender Bitterkeit zurück, vielmehr auch in den Kreisen überzeugten Republikanerums stößt man auf jene Aeußerung mangelnden Vertrauens. Welches sind die Ursachen? Die Grundursache wurzelt in dem Glauben, daß Macht-haber bei uns einen zu großen Einfluß haben, deren Entscheidungsmacht und Handlungen nicht rein objektives Betrachter der Dinge zugrunde liegt, sondern ebenso sehr Zweckmäßigkeitserwägung mit Bedacht auf die eigene Person oder auf die Partei. Den Nährboden für diesen Glauben bildet einerseits das Hinzwinken jeglicher persönlichen Beziehung zu den nach Parteilisten gewählten Abgeordneten, andererseits das Erkennen eines Zustandes überwiegender Rücksichtnahme auf Wählermassen, die, in großer Zahl berufsmäßig vereint, als Mittel zur Machtgewinnung und Machterhaltung gebraucht werden. Das erweckt den Eindruck von Mangel an Unparteilichkeit und untergräbt das Ansehen der auf solche Weise zur Macht gelangten. Diese sollten sich nicht darüber täuschen, daß selbst in den Kreisen, auf welche sie sich stützen, die Achtung vor ihnen im Schwinden ist, weil das Empfinden sich festsetzt, man werde als Mittel auch selbsttätiger Zwecke benutzt, und es werde in bald nicht mehr erträglicher Weise mit der Bohrer Mißbrauch getrieben in der schon fast unverhüllten Absicht, Zufriedenheit nicht aufkommen zu lassen, die vielen den Boden erlangter Stellungen entzögen.

Weiße Kreise ferner sind angewidert von dem Parteiengeiz und empfinden es als einen Mißbrauch anvertrauten, aus Volksmitteln bezahlten Amtes oder Mandats, daß ein großer Teil zur Arbeit verpflichtenden Zeit vergeudet wird auf die Austragung parteipolitischer Eitelkeit von Parteigrößen, die zwar mit Redegewandtheit, aber mit sonst keinen erkennbaren Vorzügen ausgestattet sind.

Viele andere, und diese gehören zu den wertvollsten Gliedern unseres Volkes, deren freudiges Mitarbeiten am weniastens entbehrlich ist, fühlen sich dadurch abgestoßen, daß die Behandlung des rein Materiellen zu einem Grade in den Vordergrund gerückt ist, wie man es früher nicht konnte. Sie erblicken darin einen Raub an idealen Volksgütern, die nicht minder lebensnotwendig sind als Brot, und deren Vernachlässigung weiten Kreisen unseres Volkes das Kostlichste nimmt oder vorenthält, innere Zufriedenheit und das Mittel eigener Erziehung zum Heranbilden eines auch ethisch hochstehenden Volkstums. Dieser Vorwurf ausschließlicher Hervorhebung des Materiellen bei den breiten Schichten unseres Volkes ist die schwerste Anklage gegen die Bildner einer neuen Gesellschaftsordnung bei uns.

Groß ist ferner, zumal in jüngster Zeit, die Zahl derer geworden, die in der Allmacht der Parlamente und damit in einem übergroßen Einfluß ihrer Mitglieder, der Abgeordneten, in ständig zunehmendem Maße die Gefahr eines Uebergreifens von der Legislative, die ihr einziges, ganz ausschließliches Betätigungsfeld bilden sollte, auch auf die Exekutive sehen. Die Politisierung der die Gesetzesanwendung besorgenden Behörden begründet deren personelle Abhängigkeit von der Gunst und Ungunst der Parteien, selbst schon einzelner Parteimitglieder. Das aber muß schließlich zur Untergrabung des Vertrauens zur Objektivität der staatlichen Organe führen.

Andererseits, die infolge Übung im politischen Denken schon tiefer in die Dinge einzudringen vermögen, können sich nicht damit abfinden, daß, obwohl unter der demokratischsten Verfassung lebend, in der Hand eines Partei-

Tagesspiegel

Großadmiral von Tirpitz hat dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei mitgeteilt, daß er bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder zu kandidieren gedenke.

Der Führer der zurzeit in Berlin weilenden russischen Handelsabordnung, Schleiser, ist nach Moskau berufen worden.

Der Sowjetbotschafter Krestinski in Berlin hat in Moskau telegraphisch um die Erlaubnis nachgesucht, persönlich über den ungünstigen Eindruck der Verhaftung der deutschen Ingenieure zu berichten.

In der italienischen Kammer wurde gestern der Gesetzesentwurf über die Wahlreform mit 216 gegen 15 Stimmen angenommen.

Führers eine Macht liegt wie größer bei keinem Monarchen der neueren deutschen Geschichte. Dieser Parteiführer, der in der Reichstagsfraktion seiner Partei eine ganz überragende Stellung einzunehmen scheint, ist doch in Wirklichkeit bestimmend bei der Bildung unserer Regierungen, da ohne seinen Willen keine Regierung im Reich gebildet werden kann. Darin liegt die Gefahr, daß parteipolitische Zweckmäßigkeitserwägung die Ueberhand gewinnt gegenüber rein objektiver Abwägung der Gesamtvollkommenheit.

Wann ist ein Wandel in diesen Zuständen erhoffbar? Man wäre illusionistisch, wollte man auf Veränderung in naher Zeit rechnen. Alles Unvollkommene jedoch wirtschaftet einmal von selbst ab, dann nämlich, wenn auch die mit ihrer Weisheit am Ende sind, die aus dem Unvollkommenen für sich Nutzen ziehen. Diese sehen jetzt ihre Aufgabe darin, zum vermeintlichen Vorteil gewisser Volksschichten, denen sie sich tributpflichtig fühlen, weil sie in ihren Stellungen von ihnen abhängen, die Quellen der Ernährung aller zu verstopfen. Sie merken noch nicht oder wollen noch nicht merken, daß sie durch die Gefährdung des Bestandes unserer Wirtschaft, deren durch sie mitverschuldetes Kranksein sie in oft unverantwortlicher Verkennung bereits offenkundiger Tatsachen nicht sehen wollen, selbst den Ast abfagen, auf dem sie noch sitzen. Ein Wandel wird erst, wenn nicht ein außergewöhnlicher Vorgang ihn herbeiführt, eintreten, nachdem auch die große Masse derer die Unzulänglichkeiten am eigenen Leibe als solche erkannt und verspürt haben werden, die heute aus Unverstand noch glauben, sie brächten ihnen Vorteile, die von Dauer sein könnten. Dann werden sie die jetzt noch als ihre vermeintlichen Wohltäter gepriesenen als das erkennen, was sie sind, nämlich schlechte Hüter des ihnen anvertrauten Pfandes.

Neueste Nachrichten

Dr. Russenkonflikt vor dem Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 17. März. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist heute vormittag zusammengetreten. Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahm hierbei Gelegenheit, dem Ausschuss ein Bild der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu geben. Dr. Stresemann ging von den Verhandlungen in Genf aus. Hieran schloß sich eine Aussprache über den Konflikt mit Rußland. Diese Aussprache wurde jedoch nach kurzer Zeit vertagt, da die deutsche Regierung zunächst einmal die russische Antwort auf die deutschen Vorstellungen abwarten will. Irgendwelche Kundgebungen des Auswärtigen Ausschusses, die zur Verschärfung der Angelegenheit beitragen könnten, sollen vermieden werden. Wie wir jedoch hören, hat die bisherige Haltung der Reichsregierung in dem Konflikt die einstimmige Zustimmung der Ausschussmitglieder gefunden.

Tschitscherin lehnt den deutschen Einspruch ab

Konowo, 17. März. Wie amtlich aus Moskau gemeldet wird, hatte Außenminister Tschitscherin gestern abend mit dem deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau eine Unterredung über den Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Tschitscherin habe darauf hingewiesen, daß die Anregung, Verhandlungen mit dem Ziele einer weiteren Förderung der Handelsbeziehungen und einer Steigerung des Warenaustausches aufzunehmen, von der deutschen Regierung im November vorigen Jahres vor Eintritt der deutschen Regierungskrise erfolgt sei. Die Sowjetregierung sei auf diesen Vorschlag eingegangen. Die Regierungskrise in Deutschland, die mit den Handelsvertragsverhandlungen zusammengefallen sei, habe anscheinend die Möglichkeit einer weiteren Förderung der Verhandlungen verhindert. Diese Tatsache sei auch von der deutschen Presse während der Verhandlungen hervorgehoben worden. Jetzt habe Deutschland die Verhaftung einiger deutscher Ingenieure, die beschuldigt würden, an der wirtschaftlichen Gegenrevolution teilgenommen zu haben, dazu benutzt, die Berliner Verhandlungen abubrechen. Damit habe Deutschland die Verantwortung für die Folgen des Abbruchs übernommen. Daß die Verhaf-

tung einiger deutscher Ingenieure nicht als Grund für den Abbruch der Verhandlungen dienen könne, sei selbstverständlich. Alle Versuche, einen Druck auf die sowjetrussischen Berichte auszuüben, seien von vornherein zum Mißerfolg verurteilt.

Freilassung des Oberingenieurs Goldstein

Berlin, 17. März. Der Oberingenieur der A.E.G., Goldstein, hat in einem Telegramm mitgeteilt, daß er von den Sowjetbehörden freigelassen worden ist. In Berliner politischen Kreisen wird die Freilassung Goldsteins naturgemäß begrüßt. Es verlaute aber, daß die durch die Verhaftung herbeigeführte politische Situation dadurch keineswegs eine grundlegende Veränderung erfahren habe. Die Forderungen, die der Reichsaussenminister dem hiesigen Sowjetbotschafter und die der deutsche Botschafter in Moskau der Sowjetregierung unterbreitet hat, werden weiter aufrecht erhalten und bilden nach Ansicht von unterrichteten politischen Kreisen die einzige Möglichkeit für einen befriedigenden Ausgleich.

Die deutschen Wirtschaftsorganisationen erheben Einspruch

Berlin, 17. März. Eine vom Reichsverband der Deutschen Industrie einberufene Versammlung, an der die Vertreter der führenden Wirtschaftsorganisationen teilnahmen, faßten zur Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland einstimmig eine Entschlieung, in der es heißt: Die Vertreter der deutschen Wirtschaft erheben nachdrücklich Protest dagegen, daß bewährte Personen, die im Interesse der russischen Wirtschaft tätig sind, unter Vorenthaltung von Gründen ihrer Freiheit herab und in Kerkerhaft genommen werden. Sie bitten die Reichsregierung, die sofortige Freilassung der Verhafteten zu erwirken und den betroffenen Personen Genugung zu verschaffen.

Die Befoldungsvorlage im Finanzausschuss

Stuttgart, 17. März. Bei der Abstimmung über Gr. 4 a der Befoldungsordnung wird der Antrag des BB. mit 7 nein gegen 5 ja (BB. und Komm.) abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Schief (Dem.), die Amtsbezeichnung „Oberamtmann“ (statt Landrat) wieder herzustellen. Alle sonstigen Anträge werden teils zurückgezogen, teils abgelehnt, so daß es bei der Fassung der Vorlage bleibt. Gr. 3 sieht Grundgehälter von 6000 bis 9000 Mark vor. In der Reichsbefoldungsordnung ist diese Gruppe nicht enthalten. Es sollen in sie jene Stellen der alten Gr. 12 heruntergestuft werden, die den anderen Spitzenstellen der alten Gruppen an Bedeutung nicht gleichkommen. Der Antrag des BB., im Tarif die Endzahl 9000 zu streichen und also mit 8600 Mark zu endigen, wird mit 8 ja (3 BB., 2 Soz., 2 Komm., 1 Dem.) gegen 6 nein bei einer Stimmentzweidrittelmehrung angenommen. Mit 7 ja gegen 6 nein wird nach einem Antrag Ross beschlossen, den Vorstand der Hauptbücherei der Technischen Hochschule in die Gr. 3 zu überführen, die im übrigen nach der Vorlage unter Ablehnung einiger Anträge der Abg. Hartmann (Dp.) und Dingler (BB.) genehmigt wird.

Die Gr. 2 (7000 bis 9700 Mark) entspricht der Gr. 2 a der Reichsbefoldungsordnung und umfaßt im wesentlichen die Beamten der alten Gr. 12. Auch hier wird der Antrag Dingler (BB.) auf Senkung des Tarifs von 9700 auf 9300 mit dem oben bei Gr. 3 angeführten Stimmenverhältnis angenommen. Auf Antrag des Berichterstatters Bock (Str.) wird die Gewährung von ruhegehaltfähigen Zulagen auf den Vertreter des Landgerichtspräsidenten in Stuttgart, sowie auf den Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts in Stuttgart ausgedehnt.

Man geht über zur Beratung der festen Gehälter. Die Gehälter der Gr. B 3 (Ministerratdirektoren, Gesandter in Berlin, Staatsräte usw.) will ein Antrag Winter von 18 000 auf 15 000 Mark, ein Antrag Dingler auf 16 000 Mark herabsetzen; der letzte Antrag wird angenommen, der erste abgelehnt. Befoldungsgruppe B 3 (Generalstaatsanwalt, Gesandter in München, Präsidenten usw.) wird nach dem Antrag Dingler (BB.) von 14 000 auf 13 000 Mark geführt. Die Gruppe C enthält die Befoldungssätze der Hochschullehrer und wird ohne Aussprache nach der Vorlage genehmigt. Anlage 1 zur Befoldungsordnung (Wohnungsgeldzuschuß) wird ohne Aussprache angenommen; Anlage 3 (Dienstbezüge der Beamtenanwärter) wird im Zusammenhang mit dem Beamtengejet erledigt werden. Damit ist die erste Lesung der Befoldungsvorlage erledigt. Nächste Sitzung am Dienstag, 20. März, nachm. 3 Uhr.

Graf Bernstorffs Erklärungen vor dem Abrüstungsausschuss

Genf, 17. März. Der vorbereitende Abrüstungsausschuss hat gestern nachmittag die Aussprache über das Ergebnis der Arbeiten des Sicherheitskomitees begonnen und abgeschlossen. Außer dem Berichterstatter Politis ergriffen nur die Führer der sowjetrussischen, der französischen und der deutschen Delegation das Wort. Eine Belustigung wurde für eine spätere Sitzung zurückgestellt. Graf Bernstorff als letzter Diskussionsredner betonte zunächst die Verständigungsbereitschaft, die im Sicherheitskomitee geherrscht habe und die er als ein gutes Anzeichen für die Arbeiten des Abrüstungsausschusses auffasse. Die deutsche

Regierung, so führte er aus, legte, wie das auch ihr Vertreter im Sicherheitskomitee, Staatssekretär z. D. Simson, mit Nachdruck erklärte, den größten Wert auf die Schieds- und Vergleichsverträge. Die Arbeiten des Sicherheitskomitees haben der deutschen Auffassung in hohem Maße Rechnung getragen, sowohl in bezug auf die große Bedeutung der Schieds- und Vergleichsverträge, als auch in bezug auf die deutschen Anregungen zur Einleitung einseitiger Verfügungen des Rates im Falle von Kriegsgefahr. Auf die gründliche Prüfung dieser Anregungen, die nach deutscher Auffassung die Sicherheit weiter stärken können, legt die Reichsregierung den größten Wert. Weiter unterstrich Graf Bernstorff den Umstand, daß das Sicherheitskomitee sich der auch von der Reichsregierung vertretenen Auffassung angeschlossen habe, daß durch den Völkerbundspakt an sich bereits ein hohes Maß von Sicherheit gegeben sei, dessen große Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfe. Graf Bernstorff begrüßte schließlich die Feststellung des Berichterstatters Politis, daß Sicherheit und Abrüstung gleichen Schritt halten müssen und knüpfte daran die Bemerkung, daß, nachdem für die Sicherheit nunmehr der erste Schritt getan sei, auch der erste Schritt zur Abrüstung getan werden müsse. Damit war die Aussprache abgeschlossen. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die nächste Sitzung Montag nachmittags abzuhalten, kein Widerspruch erhoben.

Zum Zwischenfall auf der „Royal Oak“

London, 17. März. Der Zwischenfall auf dem „Royal Oak“ beschäftigt die Presse nach wie vor in höchstem Maße, doch beruhen die Informationen der Wäcker lediglich auf Gerüchten und Vermutungen. Es wird gemeldet, daß die Admiralität, sobald sie den Bericht des Untersuchungsausschusses erhalten hat, darüber entscheiden wird, ob ein Kriegsgericht über einen der beteiligten Offiziere abgehalten werden soll. Verschiedene Blätter drücken ihr Erstaunen darüber aus, daß es nicht möglich gewesen sein soll, eine genaue Darstellung der Vorgänge auf drabklosem Wege zu übermitteln. — Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Malta glaubt, sagen zu können, daß auf jeden Fall Kapitän Dewar, Commander Daniels und andere Offiziere sich weigerten, unter Konteradmiral Collard in See zu gehen. Eine Reutermeldung aus Malta besagt, es bestehe dort allgemein die Auffassung, daß es sich nicht um Fragen gesellschaftlicher oder persönlicher Art handelte, sondern daß es um durchaus dienstliche Fragen ging.

Spanien wird wieder nach Genf gehen

Madrid, 17. März. General Primo de Rivera wird einem am Dienstag stattfindenden Ministerrat die Antwort der spanischen Regierung an den Völkerbundsrat unterbreiten. Die Wäcker geben der Ansicht Ausdruck, daß die spanische Regierung angesichts der Achtung, die der Völkerbund Spanien gegenüber gezeigt habe, dem Wunsche des Völkerbundsrates stattgeben und in den Völkerbund zurückkehren werde.

Das Repräsentantenhaus für eine neue Flottenabrüstungskonferenz

Washington, 17. März. Das Repräsentantenhaus hat einen Zusatzantrag zum Kriegsschiffbauprogramm angenommen, in dem Präsident Coolidge ersucht wird, auf die Notwendigkeit einer neuen internationalen Konferenz zur Beschränkung der Marineraüstungen hinzuweisen.

Amerikas Vorbehalte

Washington, 17. März. Die Vereinigten Staaten haben England, Frankreich, Spanien und Italien mitteilen lassen, daß sie sich hinsichtlich aller Entscheidungen der bevorstehenden Pariser Marokkonferenz, die die Rechte Amerikas in Marokko und Tanger berühren, ihre Stellungnahme vorbehalten.

Polnische Antwort an Litauen

Warschau, 17. März. Die polnische Antwort auf die letzte litauische Note ist gestern abgegangen. Die polnisch-litauischen Verhandlungen werden demgemäß am 30. März in Königsberg beginnen und von polnischer Seite voraussichtlich von Außenminister Jaleski selbst eröffnet werden.

Deutscher Reichstag

Der Haushalt des Reichspostministeriums

Berlin, 17. März.

In der gestrigen Sitzung wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen eine Vorlage angenommen, durch die die Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch bis zum 31. März 1929 verlängert wird.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums. Reichspostminister Dr. Schägel weist darauf hin, daß er den Reichstag über die Entwicklung der Reichspost durch Uebermittlung der monatlichen Geschäftsberichte unterrichtet habe. Der Minister stellt fest, daß sich die Post für das Jahr 1928 auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken müsse und eine Gebührenerhöhung solange nicht in Frage komme, wie der jetzige Preisstand der Wirtschaft bleibt. — In der Aussprache bedauert Abg. Seppel (Soz.), daß die an sich begrüßenswerte Rationalisierung des Postbetriebes auf Kosten der Beamten durchgeführt worden sei, während Abg. Bruhn (Dn.) die Verbesserungen des Post- und Fernsprechbetriebes auf dem flachen Lande begrüßt. Der Redner spricht dem Minister das Vertrauen seiner Fraktion aus. Abg. Alkotte (Z.) erklärt, die bisherige Entwicklung des Postbetriebes sei ein Beweis für die Notwendigkeit des Fortbestandes des Postfinanzgesetzes. Der Redner weist die Meinung zurück, daß bei der Post noch zu viele Beamte beschäftigt seien, während Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) betont, daß im abgelaufenen Jahr der Postbetrieb sich manchen Bedürfnissen und Wünschen des Publikums besser angepaßt und auch einen besseren finanziellen Ertrag gebracht habe als früher. Abg. Schuldt-Berlin (Dem.) bemängelt, daß sich eine unmittelbare Wirkung der Rationalisierung auf Wirtschaft und Allgemeinheit nicht gezeigt habe. Vielmehr habe man im Oktober eine Portonerhöhung vorgenommen. Der Redner mißbilligt sodann die Erhöhung der Ablieferung an das Reich auf 100 Millionen und setzt sich weiter für Verminderung der Postgebühren und eine Reihe von Verbesserungen im Zustellverkehr ein. Reichspostminister Dr. Schägel stellt sodann u. a. fest, daß seit dem Bestehen des Postfinanzgesetzes die Reichspost ihr Vermögen um 700 Millionen erhöht habe. Als rein kaufmännisches Unternehmen ist die Post nicht denkbar, wenn sie nicht große, ohne Gewinn arbeitende Betriebszweige ganz aufgeben soll. Die Rationalisierung des Betriebes hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Anspannung des Leistungsmäßes der Beamten und bei großer Steigerung des Verkehrs doch das Personal um 98 000 Kräfte vermindert werden konnte. Von einem Beamtenabbau in der Postverwaltung ist keine Rede. Ich würde es begrüßen, wenn die Einstellung von Lehrlingen und Supernumeraren möglich würde. Ich wünsche auch eine angemessene Erhöhung der Arbeiterlöhne. Im Kraftpostwesen sehe ich keine Einnahmequelle, sondern eine gemeinnützige Verkehrsverbesserung. Die Verstärkung des Landbestelldienstes wird jetzt durchgeführt. — Damit schließt die Aussprache. Einstimmig wird der Antrag Kollath (B. V.) auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren für Wenigprecher angenommen und der Etat zweiter Lesung erledigt.

Württemberg

Stuttgart, 17. März. Einberufung des Landtags auf 22. März. Wie wir erfahren, wird der Landtag am kommenden Donnerstag, 22. März, seine Vollsitzungen wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen neben neun Kleinen Anfragen die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die staatlichen Polizeibeamten und die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Körperschafts- und Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses.

Stuttgart, 17. März. Eröffnung der Süddeutschen Textil- und Bekleidungsmesse. Die Südd. Textil- und Bekleidungsmesse ist heute eröffnet worden. Sie reißt sich ihren Vorgängerinnen würdig an und umfaßt räumlich die ganze Gewerbehalle und sämtliche angebauten Ausstellungshallen; inhaltlich alle Zweige des Textil- und Bekleidungsgewerbes. Vertreten sind die Industrie und der Großhandel aus dem deutschen Süden; dazu Firmen aus Mittel- und Norddeutschland. Die Lederbekleidung einschließlich Schuhwaren ist in besonderer Abteilung „Schuhe und Leder“ untergebracht. Der Geschäftsleiter der Messe, Kurt Hottmann, sowie der Vorsitzende des unternehmenden Vereins, Fabrikant Strauß, hielten Begrüßungsansprachen. Die Eröffnung vollzog sich vor geladenen Gästen im Bestuhl der Gewerbehalle. Sodann folgte ein

gemeinsamer Rundgang durch den Ausstellungspark. Es handelt sich, wie bei den früheren Veranstaltungen, um eine Mustermesse, die alle einschlägigen Artikel mit den neuesten technischen Errungenschaften darstellen soll.

Aus dem Lande

Heilbronn, 17. März. Das Redarhotel in anderen Besitz übergegangen. Mit dem gestrigen Tag ist die Frage des Besitzers vom Redar-Hotel entschieden worden. Der gesamte Komplex ist von Karl Schaumburg aus Durlach käuflich erworben worden.

Hall, 17. März. Flugzeuglandung. Vorgefunden wurde das Verkehrsflugzeug Paris—Prag der französischen Luftlinie infolge Motordefekts auf dem Anwesen von Dr. Frant (Oberlinpurg) notlanden. Das einmotorige Flugzeug, das um 11 Uhr in Straßburg startete, sollte um 3 Uhr in Prag eintreffen. Ein Zufall wollte es, daß das Flugzeug, wie eines der gleichen Gesellschaft im vorigen Jahre, ebenfalls durch Bruch der Velleitung auf dem gleichen Gelände niedergehen mußte.

Obersteinbach O. D. D. Dehringen, 17. März. Verhafteter Waldbrandstifter. Der Brandstifter, der kürzlich zwischen Obersteinbach und Mittelsteinbach den Wald der fürstl. Standesherrschaften Waldenburg und Dehringen an sechs Stellen angezündet hat, wurde in Waldenburg in der Person des Dienstknechts Fritz Wessner von Stuttgart ermittelt und festgenommen. Der Täter, der in Obersteinbach in Arbeit stand, ist geständig.

Edartheimer O. D. D. Dehringen, 17. März. Baumfrevel. In der Nacht wurden dem Schrankenwärter Geywig von rufloser Hand 22 Rosen- und 8 Beerenhochstämme etwa 10 Cm. vom Boden weg- oder abgeschnitten, so daß alle verloren sind. Die Tat geschah aus Rache.

Reudern O. D. D. Alen, 17. März. Ein Opfer der Inflation. Am letzten Mittwoch erschloß sich ein 72 Jahre alter Wirt der hiesigen Gemeinde. Der Mann, der in der Inflationszeit viel Geld verloren, aber dennoch sein Auskommen hatte, konnte sich in den heutigen Verhältnissen nicht mehr zurechtfinden.

Kirchheim u. T., 17. März. Motorradunfall. An der Straßenkreuzung beim Kaufhaus Stern ereignete sich ein Motorradunfall. Ein Motorradfahrer wurde von einem in die Obere Alleenstraße einbiegenden Lastwagen erfasst und vom Rad geschleudert. Er trug verschiedene Kopfverletzungen davon und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Dettingen a. d. Enns, 17. März. Notlandung eines Flugzeugs. Am Freitag mußte das von Würzburg kommende Flugzeug D 994 bei Dettingen in der Nähe des Bahnhofs infolge Motordefekts eine Notlandung vornehmen. Der bald nach Behebung des Schadens unternommene Startversuch des Piloten mißlang, da das Flugzeug an einen Erdhaufen rannte, sich überschlug und dabei einen Propellerbruch davontrug. Der Pilot, der einzige Insasse des Flugzeuges, blieb unverletzt.

Rottweil, 17. März. Autolinie und Nebenbahn. Die Oberpostdirektion Stuttgart teilte der Stadtverwaltung mit, daß mit der Eröffnung der Bahnstrecke Schömberg-Bellendenen-Rottweil die Autoomnibus-Verbindung Rottweil-Schömberg eingestellt werde. Der Gemeinderat wandte sich hierauf an die obengenannte Stelle mit der Bitte, im Interesse der an der Omnibusstrecke und in deren Nähe liegenden Gemeinden auch dann noch die Autoverbindung Rottweil-Schömberg aufrecht zu erhalten. Die Oberpostdirektion hat der Bitte des Gemeinderats entsprochen.

Epfendorf O. D. Oberndorf, 17. März. Abgestürzt. Der etwa 25 Jahre alte Franz Roth von hier stürzte in einem auf hiesiger Wartung gelegenen Steinbruch ab und zog sich hierbei eine nicht ungefährliche Verletzung am Kopfe zu.

Böhringen O. D. Sulz, 17. März. Ein Rohling. Am Sonntagabend hat der ehemalige Reichswehrsoldat Ernst Stoh von hier seine frühere Geliebte Marie Fritsch auf der Straße nach Sulz angefallen und diese in viehischer Weise mißhandelt. Er schlug das wehrlose Mädchen wiederholt zu Boden und trat es mit den Füßen in rohester Weise, wo es gerade hinging. Die Folge davon war, daß dem Mädchen einige Zähne eingestoßen und es auch anderweitig erheblich verletzt worden ist, jedoch es bisher noch nicht einmal vernehmungsfähig war. Stoh wurde am Montag von einigen Landjägern von Sulz festgenommen und dem Amtsgericht übergeben, das ihn, wie man hört, in Untersuchungshaft genommen hat.

Mengen O. D. Saulgau, 17. März. Ein Unhold festgenommen. Seit einigen Wochen hatte ein junger

Der Mann im Automantel.

Amerikanischer Detektivroman von Carolyn Wells.

Sie blickte mich verwundert an.

„Natürlich bin ich dessen ganz sicher“, erwiderte sie. „Ich entsinne mich genau, daß ich das Ding aufhob und nach dem Menschen warf. Betroffen hat es ihn aber nicht; es war schwerer als ich dachte, und fiel zu früh auf den Boden. Da nahm ich das Bronzepferd. Das war aber auch zu schwer und fiel mit einem weichen Plumps auf den dicken Teppich nieder. Aber ich wußte kaum, was ich tat, und bewegte mich krampfhaft und halb unbewußt.“

„Sehen Sie, das ist es ja gerade, Fräulein Leslie! Da es unbewußt war — kann es da nicht vielleicht alles nur intensive Absicht und nicht Wirklichkeit gewesen sein?“

„Ich weiß ganz gewiß, daß ich mit den beiden Sachen geworfen habe. Wollen Sie mir bitte sagen, weshalb Sie daran zweifeln?“

„Weil — ich sprach langsam und sah sie fest ins Auge — weil sowohl das Tintenfaß wie das Bronzepferd mitten auf dem Schreibtisch standen, als ich hereingestürzt kam und Sie bewußtlos am Boden liegen sah.“

Sie entzog mir ihre Hand, und das reizende Kinder Gesicht nahm fast einen Ausdruck gekränkter Würde an, als sie ruhig erwiderte:

„Ich glaube, ich bin ebenso berechtigt, Ihre Aussagen zu bezweifeln, wie Sie die meinen. Denn ich weiß, daß ich mit den Sachen geworfen habe. Die ganze schreckliche Nacht ist mir einerseits wie ein Traum, dabei ist jeder einzelne Augenblick aber lebendiger — wirklicher, als irgend ein anderer Moment in meinem ganzen Leben. Verlassen Sie sich darauf, ich habe die Sachen hingeworfen, und wenn

sie wirklich gleich danach wieder auf dem Schreibtisch gestanden haben, wie Sie sagen — was eigentlich unmöglich erscheint, dann — dann muß eine übernatürliche — eine überirdische Hand sie wieder hingestellt haben!“

Ihre Stimme hatte sich bei den letzten Worten bis zum Schrei gesteigert, und jetzt warf sie ihren gefunden Arm über ihre Augen und brach in krampfhaftes Schluchzen aus.

„Hah! Ich's nicht gesagt!“ rief Fräulein Lathrop aus, die während des ganzen Gesprächs mit fast mißbilligender Miene dabeigestanden hatte.

Sie stieß mich beiseite, um zu Mildred hinzustürzen, und ich hielt mein für diesen Fall gegebenes Versprechen, indem ich rasch das Zimmer verließ.

„O, Herr King!“ sagte Edith Whiting, die mir hinausgefolgt war. „Hätten Sie das arme Kind doch nur nicht so aufgeregt. Jetzt wird sie sicherlich Gehirnentzündung bekommen. Ich wage gar nicht, wieder hinein zu gehen, denn ich kann das Weinen nicht lassen, und der Doktor und die Pfliegerin verstehen besser als ich, mit ihr umzugehen. Aber versprechen Sie mir, daß Willy nicht wieder gequält werden soll, ehe sie sich ganz erholt hat!“

„Das will ich von Herzen gern versprechen“, erwiderte ich. „Aber ich glaube nicht, daß sie Gehirnentzündung bekommen wird, obwohl sie sicherlich wieder siebern wird, wenn sie wachfährt, detartig zu schluchzen.“

Aber während ich das noch sagte, erstarrte das Schluchzen bereits, und gleich darauf erschien die Pfliegerin und erklärte:

„Jetzt müssen Sie von hier fortgehen. Wir haben Fräulein Leslie ein Schlafmittel eingegeben, und ich kann nicht zu geben, daß hier gesprochen oder irgendwie Lärm gemacht wird.“

Wir gingen zusammen nach unten, und dort zog mich Frau Whiting in das leerstehende Musikzimmer hinein und sagte betrübt:

„Sie werden Willy für herzlos halten, Herr King! Aber sehen Sie, Dr. Eshelton hat uns auf die Seele gebunden, dafür zu sorgen, daß sie nicht fortwährend über diese Unglückszene nachdenkt, weil das ihre Genesung sehr verzögert haben würde. Deshalb haben wir nie davon gesprochen, sondern uns bemüht, sie zu zerstreuen und auf angenehmere, fröhliche Gedanken zu bringen. Wir haben ihr amüsante Geschichten vorgelesen, und Fräulein Lathrop verstand sich vortrefflich darauf, sie zu unterhalten. Urteilen Sie deshalb nicht zu hart über uns! Ich liebe meine kleine Schwester von Herzen und würde alles tun, um sie wieder gesund zu machen.“

„Es würde mir gar nicht einfallen, Frau Whiting. Es tut mir ja auch unangenehm leid, daß ich heute morgen mit ihr sprechen mußte, aber es war wirklich unbedingt notwendig. Wir wollen die Sache jetzt zu ergründen suchen, und da mußte ich vor allen Dingen wissen, ob Fräulein Leslie's Aussagen wahr sind, oder ob sie bei der Verhandlung noch unter dem Einfluß einer Wahnvorstellung oder des Wundfieber's stand.“

„Und jetzt glauben Sie, daß meine Schwester die Wahrheit gesprochen hat?“

„Ich muß zugeben, daß ihre ganze Art sehr überzeugend wirkte. Sie schien so vollkommen klar und bei ruhiger Bestimmung zu sein, daß meiner Ansicht nach kein vernünftiger Grund vorliegt, ihre Behauptungen anzuzweifeln.“

„Das dürfen Sie auch nicht, Herr King“, bat Edith in herzlichem Tone. „Ich glaube fest, daß Willy die Wahrheit gesagt hat, und auch, daß Sie das früher oder später herausfinden werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Mann in hiesiger Stadt sein Unwesen getrieben. Er hätte sich häufig in verschiedenen Ortsteilen am hellen Tage schulpflichtigen Mädchen gegenüber in unfittlicher Weise gezeigt. Nun ist es gelungen, diesem schamlosen Treiben, das hier großes Aergernis erregte, ein Ende zu machen. Gestern wurde der Täter in der Person eines 22 J. a. Schuhmachers von Kreuznach a. Rh., der seit Herbst 1927 hier beschäftigt war, ermittelt und festgenommen.

Saulgau, 17. März. Des Kindes Schutengel. Ein aufregender Vorfall ereignete sich abends auf dem Rathausplatz. Durch das offene Fenster im zweiten Stock eines Geschäftshauses kletterte ein etwa zweijähriges Kind auf die äußere Fensterbank, worauf ein anderes Kind das Fenster wieder schloß. Einige Minuten stand das Kleine auf dem schmalen Fensterbalken und sah neugierig auf die starkbeleuchtete Straße hinab. Ehe die aufmerksam gewordenen Passanten etwas unternehmen konnten, wurde das Fenster von innen wieder geöffnet und das Kleine machte einige Schrittschritte auf den offenen Flügel zu, worauf es von den Geschwistern wieder ins Zimmer gezogen wurde.

Biberach, 17. März. Aufgeklärt. Nach einer Mitteilung der D. V. B. hat sich die hierorts verbreitete Kunde von der Unaufrichtigkeit Dr. Manns infolge Aufklärung des Sachverhalts als überholt erwiesen. Der „Vermißte“ ist also ganz munter, wie aus einem Schreiben von auswärtwärts hervorgeht.

Schmannshardt O. Biberach, 17. März. Brand. Im Gebäude des Schulheizen Branz brach Feuer aus, das größere Ausdehnung annahm, so daß außer der Ortsfeuerwehr auch die Biberacher Motorpriehe zur Hilfeleistung gerufen wurde.

Wienfurt O. Ravensburg, 17. März. Tod infolge Blutvergiftung. Vor vier Wochen brachte der Landwirt Prestel, Besitzer von Hof Rheinpatent, die linke Hand in die Rübenmühle. Dabei wurde ihm der Mittelfinger zur Hälfte abgerissen. Trotz ärztlicher Hilfe wollte die Wunde nicht heilen. Es stellte sich Blutvergiftung ein, der der kräftige Mann zum Opfer gefallen ist.

Schwarzenbach O. Wangen, 17. März. Ertrunken. Nachmittags spielte ein 8jähriger Knabe des Straßenwärters M o r e n t hier am Mühlkanal in der Nähe des Elternhauses und fiel dabei vor den Augen seines jüngeren Bruders ins Wasser, wurde von den Fluten fortgeschwemmt bis an den Rechen des Ralischen Sägewerks, wo er tot herausgezogen wurde.

Wieder eine Grippepelle

Die im Vergleich zu der Grippepelle, die am 19. Dezember letzten Jahres ihren Anfang nahm und bis zum 11. Januar dauerte, etwas leichtere zweite Grippeepidemie in Stuttgart begann etwa in der ersten Woche des März. Namentlich die Schulen werden davon betroffen; einige Klassen z. B. sind nur noch zur Hälfte mit Schülern besetzt. Schwer sind diese Erkrankungen glücklicherweise nicht, wenigstens nicht im allgemeinen. Sehr günstig für die Ausbreitung der Grippe sind staubige und windige Tage, da es sich hauptsächlich um die Erkrankung von Atemungsorganen handelt, die dann besonders angegriffen werden. Eine Bewegung zum Abflauen ist noch nicht festzustellen. So waren am letzten Donnerstag erst etwa 400 neu Erkrankte gemeldet. Es ist jedoch anzunehmen, daß diese zweite Grippepelle in kurzer Zeit vorübergehen wird. Auch auf dem Lande ist die Grippe stark verbreitet und in manchen Gemeinden mußte die Schule geschlossen werden.

Die Bollgummireifen werden verboten!

Die vom Reichsverkehrsminister auf der Braunschweigischen Versuchsstraße angestellten Versuche haben ergeben, daß durch die gewöhnlichen Bollgummireifen eine besonders starke Begeabnung hervorgerufen wird. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt daher, in den nächsten Tagen durch eine Verordnung die gewöhnlichen Bollgummireifen, von einer unbedeutenden Ausnahme abgesehen, zu verbieten. Das Verbot soll für die ab 1. April 1928 zuzulassenden Kraftfahrzeuge sofort, für früher zugelassene Kraftfahrzeuge zwecks Ermöglichung des allmählichen Reifenbrauches ab 1. Juli 1929, für Anhängerwagen ab 1. Januar 1930 wirksam werden. Grundsätzlich hat an Stelle der Bollgummibereifung die Luftbereifung zu treten. Nur für zweirädrige Kraftfahrzeuge über drei Tonnen sollen neben den Luftreifen auch hochelastische Bollgummireifen (sogen. Riffenreifen) zugelassen sein. Eine Ausnahme von dem Verbot bilden lediglich gewisse, in landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben verwendete Zugmaschinen von geringer Höchstgeschwindigkeit und leichtem Gewicht, die ebenso wie ihre Anhängerwagen noch gewöhnliche Bollgummireifen oder sogar Eisenreifen führen können. Es steht zu hoffen, daß durch die in Aussicht genommene Neuregelung die Inanspruchnahme der Straßen durch schwere Kraftfahrzeuge wesentlich gemindert wird.

Baden

Mannheim, 17. März. Am Kraftwerk Feudenheim der Staustufe Wadenburg wurde die Leiche eines 32jährigen Mannes gefunden. Es handelt sich um einen seit 5. Februar vermißten ledigen Landwirt aus Sonderbad.

Mannheim, 17. März. Wie die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums mitteilt, nehmen vom 19. März 1928 an dem Fernsprechnetz nach Amerika auch Bremen, Düsseldorf, Köln und Mannheim teil.

Rehl, 17. März. F e s t g e n o m m e n. Wiederum hat die Gendarmerie hier einen Jugendlichen ohne Ausweis aufgegriffen, den Abenteuerlust von der Wasserleite bis an des Reiches Westgrenze trieb, wo er sich der Fremdenlegion verdängen wollte. Er wurde in Schutzhaft genommen.

lokales.

Wildbad, 19. März 1928.

Generalversammlung des Krieger- u. Militärvereins. Trotz des herrlichen Vorfrühlingswetters am gestrigen Sonntag war die Generalversammlung des Krieger- und Militärvereins im Hotel Gold. Oben überaus stark besucht. Der geschäftsführende Vorstand, Herr Friz K l o s, eröffnete die Generalversammlung und gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der toten Kameraden in ehrender Weise. Anschließend gab der Vorstand den Geschäftsbericht und sodann der Kassier A. Großmann den Kassenbericht bekannt, welcher bei der Kassenprüfung in bester

Ordnung befunden wurde. Die Wahl eines I. Vorstandes wurde bis zur nächsten Generalversammlung im Herbst zurückgestellt. — Längere Zeit nahm die Aussprache über die Kleinfalber-Sportabteilung ein. Der schönen Zusammenarbeit mit dem Schützenverein in dieser Frage wurde hiebei anerkennend gedacht. — Mit dem Gesang des Deutschlandliedes war um 5 Uhr die von Kameradschaftlichem Geist getragene Generalversammlung beendet.

*

Das Verfahren in Verorgungssachen. Vom Württ. Kriegerbund wird uns mitgeteilt: Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 13. d. M. ein Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über das Verfahren in Verorgungssachen (Verfahrensgesetz) verabschiedet. Vor allem bringt die Gesetzesänderung eine Bestimmung, wonach die Verorgungsgerichte ausnahmslos endgültig entscheiden, sofern es sich um die Frage der Erwerbsfähigkeitsverminderung, der Verschlimmerung oder Besserung des Dienstbeschädigtenlebens handelt. Zugunsten der Beschädigten ist eine Bestimmung getroffen, wonach der behandelnde Arzt durch die Verorgungsbehörde einschließlich der Gerichte auf Antrag des Beschädigten gehört werden muß. Ebenso ist künftighin die Verorgungsbehörde verpflichtet, einen Antrag auf Feststellung von Dienstbeschädigung (ohne besonderen Antrag auf Heilbehandlung oder Rente) zu prüfen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Hindenburg und Marx afghanische Herzöge. Nach der Abreise König Aman Ullahs aus Deutschland hat der afghanische Gesandte von Berlin sowohl dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler Dr. Marx je einen afghanischen Orden und einen roten Seidenmantel überreicht. Der Mantel bedeutet, daß seine Träger afghanische Herzöge sind.

Hausfuchung bei „Wiking“ in Koburg. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, wurde bei der Bundesleitung des „Wiking“ für Südtüringen und Nordbayern in Koburg auf Veranlassung der bayerischen Regierung eine überraschende Hausfuchung vorgenommen. In dem Büro des Velfers, der auf einer Geschäftsreise weilte, wurden die verschlossenen Schreibtische von Kriminalbeamten geöffnet und das darin befindliche umfangreiche Material beschlagnahmt.

Der Barmatprozess wird noch vor Ostern beendet. Der Barmatprozess, der das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Neumann seit dem 11. Januar v. J. beschäftigt, nähert sich nunmehr seinem Ende. Die letzten drei Wochen waren ausschließlich den Kläudern der Verteidiger der 11 Angeklagten gewidmet. Am Freitag plädierten die Verteidiger der Angeklagten Generaldirektor Walthar und Direktor Hahlo zum letzten Kapitel der Anklage „Allgemeine Garantien“. Nach den Dispositionen des Gerichts soll das Urteil noch vor Ostern verkündet werden.

Hilfe für die Hochwassergeschädigten an der Oder. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf überreicht, der die Fortsetzung der Arbeiten vorsieht, durch die die Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder endgültig geregelt werden sollen. Der Entwurf fordert eine Erhöhung der für diesen Zweck bis jetzt verfügbaren Mittel um weitere 3 920 000 Reichsmark.

Liebestragödie in München. Heute früh sauerte ein 30-jähriger Schneider seiner Geliebten vor dem Hause ihrer Eltern auf und gab, als sie bei ihrer Weigerung verblieb, die Beziehungen fortzusetzen, einen Schuß auf sie ab, wodurch das Mädchen schwer verletzt wurde. Darauf stürzte er sich selbst durch einen Kopfschuß.

Verhaftung Dr. Ricklins. Aus Mülhausen wird gemeldet, daß auf Anordnung des mit der Autonomistenangelegenheit betrauten Untersuchungsrichters in Mülhausen die Polizei Dr. Ricklin in Dammertkirch verhaftet habe. Außerdem hat die Polizei bei dem Steuerernehmer Mastern, dem Verlobten einer Nichte Dr. Ricklins, in Dammertkirch-Band eine Hausfuchung abgehalten.

Drei Reichswehrangehörige schwer verletzt. Mittags 12 Uhr fuhr auf der Pflanzstraße in Berlin eine Kraftdroschke in eine Reichswehrabteilung, bestehend aus dem Führer und 15 Mann. Ein Unterfeldwebel, ein Unteroffizier und ein Obergefreiter trugen schwere Verletzungen davon.

Die bayerischen Wahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen. In den letzten Tagen haben eingehende Besprechungen zwischen dem Landtag und der Staatsregierung stattgefunden über die Frage, ob die nächsten Wahlen zum bayerischen Landtag, ferner zu den Bezirks- und Kreistagen mit der in Aussicht stehenden Reichstagswahl verbunden werden können. Die Besprechungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die sämtlichen bayerischen Wahlen mit der Reichstagswahl verbunden werden sollen.

Luftmord an einem 10jährigen Mädchen. Die Staatsanwaltschaft Glogau wurde von dem Auffinden einer weiblichen Leiche in einem Wassergraben in G r i n b e r g, der die Abwässer der Fabriken aufnimmt, verständigt. Es handelt sich um die Leiche eines ungefähr 10 Jahre alten Mädchens. Nach Lage der Dinge könne es sich nur um einen Luftmord handeln.

Eine Kirche ins Meer gestürzt. Nach Blättermeldungen aus Kopenhagen ist ein Teil der alten Nöjerup-Kirche auf Stevns bei dem bekannten Mönksklipp heute morgen bei einem plötzlichen Erdbeben ins Meer gestürzt. Der Chor der Kirche, ebenso der Altar und ein Teil des Kirchhofes sind in die Tiefe gesunken.

Das Attentat auf Savorelli in Paris. Der „Matin“ berichtet, daß als Anstifter des Attentats gegen den Fasziisten Savorelli, der am 14. März erschossen wurde, ein seit diesem Tage verschwundener Professor Barnieri verdächtigt werde. Die Polizei suche zurzeit unter den in Paris lebenden Antifasziisten mehrere Personen, die ebenfalls seit jenem Zeitpunkt verschwunden sind, und unter denen sich der Attentäter befinde.

Zusammenstoß zweier amerikanischer Flugzeuge. Ueber dem Flugplatz von Mahoney stießen zwei Regierungsflugzeuge zusammen und stürzten ab. Die Insassen, vier Marineflieger, wurden getötet.

Neue amerikanische Truppen für Nicaragua. Zwei weitere Bataillone Marineflieger werden so rasch als möglich nach Nicaragua geschickt werden, um während der bevorstehenden Wahlen die Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Riesenbrand in Rio. In den Gebäuden und Speichern der Costeira Steamship Company in Rio de Janeiro wütete ein Riesenfeuer. Der Sachschaden beträgt 3 Millionen Dollar.

3 Jahre Zuchthaus für Fälschung von Billionenscheinen. Während der Instanzzeit wurden in Düsseldorf und benachbarten Städten viele Geschäfte durch falsche 100-Billionenscheine schwer geschädigt. Der Fälscher, der frühere Gastwirt A d a m s, floh nach Frankreich. Er wurde jedoch wegen einer anderen Straftat von Frankreich ausgeliefert und jetzt zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zeitungslesen in den Frühjahrs- und Sommermonaten. Kommen im Frühjahr die Monate, die den Bauern die Feldarbeiten bringen, so kann man hier und da die Beobachtung machen, daß Landwirte ihre langgewohnte Heimatzeitung abbestellen mit der Begründung, daß sie jetzt keine Zeit mehr zum Lesen hätten, das sei eine Beschäftigung für den langen Winter! Diese Ansicht ist jedoch v ö l l i g f a l s c h; denn gerade durch die Hülung der Frühjahrs- und Sommerarbeit auf dem Lande ist der Landmann sehr oft verhindert, die Märkte zu besuchen, um sich über die Getreide-, Vieh- und sonstigen Warenpreise zu informieren. Für jeden lassen sich aber auch bei angehäufte Arbeit einige Minuten zur Durchsicht der Zeitung finden, und der Landwirt wird über das Notwendigste unterrichtet. Darum bleibe jeder Landwirt auch in den Frühjahrs- und Sommermonaten seinem Lokalblatt treu, denn schon allein die Getreide- und Viehmarktberichte machen die nicht hohen Bezugsgebühren bezahlt. Wie viele Landwirte haben schon größten Schaden davongetragen, weil sie ihre Zeitung zu unregelmäßiger Zeit abbestellt haben.

ep. Kirchlicher Protest gegen amerikanische Kriegsrüstungen. Das Exekutivkomitee des amerikanischen Kirchenbundesrates, der bei weitem die meisten evangelischen Kirchen Amerikas umfaßt, veröffentlichte eine Kundgebung gegen das Programm zum Bau von Kriegsschiffen in den Vereinigten Staaten, das von einer Ausdehnung sei wie es bisher noch nie dagewesen. „Wir verabscheuen die Ausföhrung dieses so großen Programms nicht nur wegen der ungeheuren Summen, die es kostet, sondern weil hierdurch das internationale Mißtrauen viel mehr gestärkt wird als die internationale Verständigung.“

Kündigung der Tarifverträge in der Uhrenindustrie. Die Arbeitgebergewerkschaften sowie die Angestelltenverbände haben die in der Uhrenindustrie bestehenden Tarifverträge zum 31. März gekündigt. Es wird eine Erhöhung sowohl der Löhne wie der Gehälter um rund 15 v. H. verlangt.

Hindenburgs Gruß an die „Emden“. Reichspräsident v. Hindenburg hat an den heimkehrenden Kreuzer „Emden“ folgendes Begrüßungstelegramm geschickt: „Kommandant, Offiziere und Mannschaften des Kreuzers Emden rufe ich bei ihrer Rückkehr nach langer Fahrt ein herzliches Willkommen in der Heimat zu. Zugleich spreche ich der Besatzung meine Anerkennung für ihr musterhaftes Verhalten während der großen Reise aus.“

Wieder ein Betrugschandal in Berlin. Unter dem dringenden Verdacht, Kreditbetrügereien in großem Umfange verübt zu haben, wurde der 38 Jahre alte Kaufmann Arthur Kohlmeier, der seine Geschäftsräume in der Luisenstraße 53 hatte, festgenommen. Das Unternehmen, das unter der Firmierung „Arthur Kohlmeier“ lief, befasste sich mit Ein- und Verkauf von Waren aller Art. Nach vorsichtiger Schätzung dürften in Deutschland allein etwa 200 Firmen von Kohlmeier geprellt worden sein.

Bedenkliche Zeichen. Die Gemeindeversammlung in R a r s b i e bei Königsberg-Neumark beschäftigte sich mit dem Steuerdruck. Einstimmig wurde beschlossen, alle Zahlungen einzustellen und diesen Beschluß den zuständigen Behörden mitzuteilen. In G ü t e b i e s e, ebenfalls im Kreis Königsberg, wurde in einer Protestversammlung der Landwirte einstimmig beschlossen, alle Steuerzahlungen mit Ausnahme der Gemeindesteuern wegen Zahlungsunfähigkeit einzustellen.

Keine Hoffnung mehr für Hincheliffe. Nachdem sich nun auch die Nachricht von einer Landung Hincheliffes auf der Strattoninsel bei Portland als unrichtig erwiesen hat, haben die New Yorker Flugplatzverwaltungen allgemein jegliche Hoffnung auf ein Eintreffen Hincheliffes aufgegeben. Die Armeeflieger Mitchellfeld bezeichneten die Suche als wertloses Spiel mit dem Zufall.

Vorläufige Beibehaltung der amerikanischen Einwanderungsquoten. Der Einwanderungsausschuß des Senats empfahl die Annahme der Johnson-Resolution, die eine Hinausschiebung des Inkrafttretens der nationalen Abstammungsklausel des Einwanderungsgesetzes um 1 Jahr beantragt. Im Falle der Annahme dieser Resolution bliebe das jetzige Quotenverhältnis unverändert.

Stapelauflauf und Taufe von 4 Torpedobooten. In Wilhelmshaven fand gestern der Stapelauf und die Taufe von 4 neuen Torpedobooten der Reichsmarine statt, die die Namen „Tiger“, „Lur“, „Jaguar“ und „Leopard“ erhielten.

Der angebliche Heberfall auf einen Kassenboken in Mannheim. Der Kassenboken Rick, der in einer Bedürfnisanstalt angeblich überfallen und seiner Vorkassche beraubt worden sein soll, hat sich im Krankenhaus schnell erholt und ist bald wieder entlassen worden. Die von der Kriminalpolizei sofort aufgenommenen Nachforschungen lassen jedoch erkennen, daß es sich höchstwahrscheinlich um einen fingierten Raubüberfall handelt. Man nimmt an, daß der Bote die Summe — es handelt sich, wie jetzt festgestellt worden ist, um 50 000 M — unterschlagen hat. Rick wurde verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert.

Forschungsreisender Filschner in Loh eingetroffen. Wie mitgeteilt wird, liegt vom deutschen Generalkonsulat in Kalkutta eine Meldung vor, daß die Reisegesellschaft des Forschungsreisenden Filschner wohlbehalten in Loh in Kaschmir angekommen sei und die Weiterreise nach Srinagar in Kaschmir angetreten habe.

Die Opfer der Dammbrechkatastrophe in Kalifornien. Die amtliche Liste der Opfer der Dammbrechkatastrophe zählt nunmehr 285 Tote. Acht Behörden haben selbständig Untersuchungen über die Ursache des Dammbrechens angestellt. Man sieht als wahrscheinlichste Ursache schlechte Fundamentierung an.

Als Reichsunterstützung für die Leipziger Messe sind im Haushaltsauschuß des Reichstages am Mittwoch nicht 1 200 000 Mark bewilligt worden, sondern der gesamte Titel für Ausstellungsbefehle im Haushalt des Reichsministeriums 1928 ist auf 1 200 000 Mark festgelegt worden. Davon entfallen auf die Förderung der Leipziger Messe auf Antrag des Abg. Dr. Quast (Deutschnational) 800 000 Reichsmark.

